Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss foresty journal = Journal forestier suisse

Herausgeber: Schweizerischer Forstverein

Band: 111 (1960)

Heft: 6

Artikel: Integration der Agrar- und Forstpolitik

Autor: Eckmüller, Otto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-765625

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen
Journal forestier suisse

111. Jahrgang Juni 1960 Nummer 6

Integration der Agrar- und Forstpolitik

Von *Otto Eckmüller*, Graz Oxf. 908.1 : 923.4

Seit einigen Jahren wird in Fachkreisen immer wieder von der notwendigen «Integration der Agrar- und Forstpolitik» oder auch «Harmonisierung der Agrar- und Forstpolitik» gesprochen. Dies trifft unter anderem auch in besonderem Maß für internationale Gremien zu; so ist es im Bereich der europäischen Organisation der FAO sogar schon zu gemeinsamen Beratungen land- und forstwirtschaftlicher Institutionen (europäische Landwirtschaftskommission und europäische Forstkommission) über dieses Problem gekommen. Im Frühjahr 1959 tagten beispielsweise in Istanbul die Subkommission für Boden- und Wassernutzung der europäischen Landwirtschaftskommission und die Arbeitsgruppen für Neu- und Wiederaufforstung, sowie für Wildbach- und Lawinenverbauung der europäischen Forstkommission gemeinsam; sie unternahmen auch eine gemeinschaftliche Studienreise durch Anatolien und setzten sich nach deren Abschluß in Izmir zu abschließenden Besprechungen und Beschlußfassungen zusammen. Als Ergebnis dieser Beratungen sei kurz erwähnt, daß eine besonders enge Zusammenarbeit zwischen Land- und Forstwirtschaft auf folgenden 5 Gebieten für vordringlich erachtet wird:

1. Allgemeine *Raumplanung,* basierend auf einer Bodenklassifizierung;
2. *Weidewirtschaftsfragen;*
3. *Wasserhaushaltsfragen;*
4. *Wachstum der Städte* und *Auswirkung auf die Bodennutzung* in der Umgebung;
5. *Einfluß von Ingenieurarbeiten* (Straßen, Stauseen, Industrien, Flughäfen usw.) auf die Boden- und Wassernutzung.

Weiters soll ein ständiger Kontakt zwischen diesen Körperschaften aufrecht erhalten werden, um die Abstimmung sowohl in der Zielsetzung wie in der Durchführung der Agrar- und Forstpolitik zu gewährleisten; zu diesem Zweck soll ein ständiger gemischter Experten-Ausschuß geschaffen werden.

Auch in den einzelnen Staaten setzt sich der Gedanke der Integration oder Harmonisierung der Agrar- und Forstpolitik durch und werden gemeinsame Beratungsinstanzen geschaffen.

Der hinter all diesen Bestrebungen steckende tiefere, allgemeine Grundgedanke ist natürlich, die Wirtschaftspolitik im einzelnen Staat wie auch in größeren Bereichen aus der mitunter so stark wirksamen «Spartengebundenheit» herauszulösen — bei der es nur zu oft der größeren oder geringeren Tüchtigkeit und Geschicklichkeit der Vertreter der einzelnen Sparten überlassen blieb, wie die Interessen zum Zug kamen — und sie durch eine abgestimmte Wirtschaftspolitik zu ersetzen, die dem Gemeinwohl am besten dient.

Dies gilt natürlich auch für die Agrar- und Forstpolitik, die ja in besonders engen Wechselbeziehungen stehen. Die Notwendigkeit ihrer Abstimmung ergibt sich — über die rein produktionstechnischen und landeskulturellen Belange hinaus — noch ganz besonders im Sinne der *Erhaltung und Sicherung des bodenständigen Bauerntums.*

In den bäuerlichen Betrieben sind, wenn sie — wie z. B. in Österreich zu 58 % — über Eigenwald verfügen, Land- und Forstwirtschaft unlösbar miteinander verbunden und bilden zusammen erst die Einheit «Bauernhof». Dies gilt sowohl für den Kleinbauern, dessen Wald flächenmäßig oft nur mit 10 bis 20 % am Gesamtbetrieb und vielleicht nur mit 5 oder 6 % am Gesamtertrag teil hat, wie auch für den «Waldbauern» weit hinten im Gebirge, bei dem der Wald an der Gesamtfläche des Betriebes mit 70 % oder mehr beteiligt ist und zum Ertrag die Hälfte oder mehr beisteuert.

Eine Agrar- und Forstpolitik, die getrennte Wege gehen würde, könnte verhängnisvolle Fehler begehen. Für das Bauerntum ist ihre «Harmonisierung» deshalb geradezu lebenswichtig; andernfalls kann nur zu leicht die Einheit «Bauernhof» zerrissen und in «Interessensphären» aufgespalten werden.

An einigen konkreten Beispielen, die in Österreich zur Zeit aktuell sind, soll aufgezeigt werden, wie dringend Agrar- und Forstpolitik zusammenarbeiten müssen:

Die «Neuordnung des Raumes»

In allen unseren älteren Forstgesetzen enthält die erste Rechtsvorschrift ein gesetzliches *Rodungsverbot.* Daraus kann man wohl den Schluß ableiten, daß der Wunsch zur Umwandlung von Waldland in Acker, Wiese, Weide, Alm usw. damals eine bedeutende Rolle gespielt haben muß und der Wald vor diesen Zugriffen geschützt werden mußte. Der Grundsatz der «*Erhaltung der Waldfläche*» stand also damals im Vordergrund.

Heute ist die Lage wesentlich anders geworden. Wie die Waldstandsaufnahme zeigt, gibt es in Österreich nur eine sehr kleine «Waldverdrängungszone». Hiezu gehören nur die Umgebungsbereiche der wachsenden Städte und Industriezentren.

Auch die «Stabil-Zone», in der die Waldfläche gegenüber dem Kataster keine nennenswerte Änderung erfahren hat, ist nur bescheiden vertreten.

Mindestens drei Viertel von Österreich wären einer riesigen «Waldausbreitungszone» zuzuweisen, in der die Waldfläche bedeutend zugenommen hat (insgesamt um rund 200 000 ha). In einzelnen Bezirken beträgt die Zunahme bis zu 50 %. Diese Waldausbreitung hat zu 90 bis 95 % beim Kleinwald (Bauernwald) stattgefunden und betrifft kaum oder nur geringfügig die Staats- und Großprivatforste.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind allgemein bekannt: *Landflucht und Mechanisierung der Landwirtschaft!* Durch die Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat hat der «Bevölkerungsdruck» auf den Wald schon vor einigen Jahrzehnten nachzulassen begonnen; zum Teil hat er sich vom Land in die Umgebung der Industriegebiete verlagert. Es ist heute nicht mehr die Landwirtschaft, die wie einst ihren «Bodenhunger» auf Kosten des Waldes zu stillen sucht, sondern der Bedarf an Siedlungsland im Bereich der Industriezusammenballungen.

Im bäuerlichen Betrieb hat der zunehmende Mangel an Arbeitskräften — jährlich wandern in Österreich ca. 30 000 Menschen aus der Landwirtschaft ab! — den unausweichlichen Zwang zur Mechanisierung der Betriebe ausgelöst, um die Maschine an die Stelle der seinerzeitigen Knechte und Mägde zu setzen. Viele für maschinelle Bearbeitung nicht oder minder geeignete Flächen werden nun aus der landwirtschaftlichen Nutzung entlassen und fallen dem Wald zu. Diese Entwicklung ist noch ganz und gar nicht abgeschlossen; namhafte Fachleute rechnen, daß die österreichische Landwirtschaft in den nächsten 10 bis 15 Jahren noch an die 500 000 ha Land aufgeben muß, die natürlich ebenfalls aufgeforstet werden können.

Erfreulicherweise ist aus dieser Entwicklung heraus keineswegs eine Gefährdung der Nahrungsmittelversorgung aus eigener Scholle zu befürchten. Die Flächenproduktivität zeigt in der Landwirtschaft eine so rapide Steigerung, daß man eher — trotz schrumpfender Fläche — mit einer zunehmenden Überproduktion rechnen muß.

Schreit nun eine solche tiefgreifende, durch nichts aufzuhaltende und letzten Endes durchaus erfreuliche Flächenverschiebung zwischen Land- und Forstwirtschaft nicht geradezu nach einem gemeinsamen, abgestimmten, wohldurchdachten Vorgehen?

Die einstmals im Vordergrund stehende Sorge um die Sicherung der Waldfläche ist heute nur noch für kleine Gebiete von Interesse; die Forst-

wirtschaft der Gegenwart muß vielmehr darum besorgt sein, wie sie den enormen, schon eingetretenen und noch zu erwartenden Flächenzuwachs «verdauen» kann.

Auf landwirtschaftlichem Gebiet ist nun ein Maximum an Beratungsarbeit zu leisten, um die «Neuordnung des Raumes» im einzelnen Betrieb möglichst gut und vorteilhaft zu gestalten. Die Forstwirtschaft muß sich rasch der freigestellten Flächen, die ja im Eigentum des betreffenden Bauern verbleiben, annehmen, im Wege der Beratung und Förderung ihre fachlich richtige Aufforstung herbeiführen und auf jeden Fall verhindern, daß diese Flächen verwildern und erst nach Jahren unter viel größeren Opfern an Arbeit und Geld zu Wald werden.

Ähnliches gilt für das Problem *Waldweide,* das heute weitgehend reif geworden ist und ebenfalls im Zuge der «Neuordnung des Raumes» einer Lösung zugeführt werden muß. Zwar können wir mit großer Befriedigung feststellen, daß sich die Waldweide in der Mehrzahl der Fälle einfach durch Intensivierung des vorhandenen Grünlandes und Umwandlung einiger Wiesen und Äcker in Intensivweide (Mähweide) abschaffen läßt, so daß der Wald meist keine Flächenopfer zu bringen hat. Aber auch dann bleibt das Problem der Umwandlung des extensiven bisherigen Weidewaldes in Vollwirtschaftswald, das gelöst werden muß, wenn die Forstwirtschaft den vollen Nutzen von der Ausschaltung der Waldweide ziehen will. Das Ziel, den österreichischen Wald von der Beweidung durch 300 000 Rinder zu befreien, geht die Landwirtschaft wie die Forstwirtschaft in höchstem Maße an und kann vernünftigerweise nur im Rahmen einer abgestimmten Agrar- und Forstpolitik erreicht werden.

Der Wandel in der betriebswirtschaftlichen Stellung des Bauernwaldes

Viele Forstleute beklagten seit Jahrzehnten mit Recht, daß der Wald in der bäuerlichen Wirtschaft — in Österreich handelt es sich dabei um rund 50 % der gesamten Waldfläche oder etwa 1,7 Mill. ha! — nur das «fünfte Rad» und ein unbeachtetes Anhängsel sei und der Bauer für seinen Wald kein Interesse zeige. Das war wirklich so, so lange der Bauer nur Landwirt war und von den Erträgnissen seiner Vieh- oder Milchwirtschaft, seines Ackerbaues, Obstbaues usw. lebte. Aufgabe des Waldes war es damals, der Landwirtschaft zu helfen, d. h. den fast ausschließlich landwirtschaftlich geführten bäuerlichen Betrieb mit Brenn-, Bau- und Zaunholz, aber auch mit Waldweide und Waldstreu zu versorgen.

Je mehr der Agrarstaat zum Industriestaat wurde, je größer das Übergewicht der Konsumenten und je stärker damit das Preisdiktat dieser Konsumenten-Majorität wurde, um so schwieriger wurde es, von der Landwirtschaft allein zu leben oder gar aus ihren Erträgnissen den rapid steigenden technischen und sozialen Investitionsbedarf des Bauernhofes (Maschinen,

Fahrzeuge, Silos, Kühlanlagen, Warmwasseranlagen, Bad usw.) zu befriedigen. So wurde der Wald in eine «Geldgeberrolle wider Willen» gedrängt, wobei die Entwicklung auf dem Holzmarkt den Eintritt des bäuerlichen Waldes in die Marktwirtschaft sehr förderte.

Die österreichische Landwirtschaft hat seit dem Ende des 2. Weltkrieges rund 70 Milliarden Schilling investiert, sie läßt an die 110 000 Traktoren laufen, ist nun zu 93 % elektrifiziert und verfügt zu 78 % über autofahrbare Weganschlüsse. Wenn auch noch immer genug zu tun übrig bleibt, wurde doch in diesem Zeitraum gewaltiges geleistet und geschaffen. Vom Bauernwald, der in keiner Weise für diese Anforderungen gerüstet, sondern bisher das «Aschenbrödel» in der Wirtschaft war, wurden allerdings auf diese Weise sehr große Opfer verlangt.

Rückblickend muß man sagen, daß eine rechtzeitige Integration der Agrar- und Forstpolitik diese Entwicklung zweifellos bedeutend erleichtert hätte. Es wäre nicht nur das so oft für politische Zwecke mißbrauchte Schlagwort von der «Überschlägerung» eine wertvolle scharfe Waffe auf Seiten einer gut geführten Agrarpolitik im Kampf um ausreichende Agrarpreise gewesen, sondern man hätte sicherlich zur Entlastung des Bauernwaldes auch auf die landwirtschaftlichen Investitionen bremsend und lenkend Einfluß nehmen können. Fehlinvestitionen und Überinvestitionen hätten sich dadurch weitgehend vermeiden lassen; sie sind natürlich nicht selten vorgekommen, denn woher sollte der einzelne Bauer in seiner Einschicht die Kenntnisse nehmen, sich im technischen Zeitalter sogleich zurechtzufinden und das für seinen Betrieb Richtige und Zweckmäßige auszuwählen?

So fand eine immense Kapitalsverlagerung vom Wald zur Landwirtschaft statt, die oft über das Ziel schoß und dem Wald zum Nachteil des Betriebsganzen, des Hofes, unnötige Wunden schlug. Kein Forstgesetz und keine Beförsterung war imstande, dies aufzuhalten, wohl aber hätte eine abgestimmte, Hand in Hand arbeitende Agrar- und Forstpolitik dieses Problem weitgehend lösen können.

Der Sprung aus der alten, ganz anderen Zielen dienenden Bedarfswirtschaft in die hochgespannte Marktwirtschaft war für den Bauernwald viel zu rasch; der allseits in erfreulichem Maße einsetzende forstliche Aufbau — der beste Beweis für das erwachte forstliche Interesse der Bauern — wurde leider auf diese Weise von der Überschlägerung überschattet.

Ein weiteres Beispiel: Heute spricht man viel von einer *Umstellung in den Rinderrassen*. Raschwüchsiges Vieh, Rassen mit besserer Milchleistung usw. müssen an die Stelle alter, für die seinerzeitige Ochsenwirtschaft geeigneter, anspruchsloser Rassen treten. Schön und gut! Aber was kostet eine solche Rassenumstellung, besonders angesichts der enormen Preise für Zuchtvieh, die sich durch die übersteigerte Nachfrage herausgebildet haben? Und wer zahlt diese kostspielige Umstellung, die den einzelnen Be-

trieb ohne weiteres mit 50 000 bis 100 000 ö.S. (1 sFr. = 6 ö.S.) belasten kann? Doch sicherlich und unausweichlich zum großen Teil der Wald! Muß da die Landwirtschaft nicht im Sinne einer abgestimmten Agrar- und Forstpolitik ihr Rassenumstellungsprogramm über einen längeren Zeitpunkt erstrecken, so wie es die Betriebe eben finanziell durchstehen können? Und muß die Forstpolitik dies nicht von der Agrarpolitik kategorisch verlangen?

Man sage nicht, daß die Forstwirtschaft für solche Zwecke halt einfach keine Nutzungen bewilligen solle. Auf behördlichem Weg sind solche Dinge nicht zu lösen, wenn man nicht in kürzester Zeit bei einer vollständigen Bevormundung der bäuerlichen Betriebe landen will. Man kann Nutzungen nicht wegen des Zwecks untersagen, den der Waldbesitzer damit verbindet, sondern ausschließlich nur wegen des Waldzustandes, der unter Umständen eine Nutzung nicht mehr zuläßt.

Nur gegenseitige Rücksichtnahme wird hier den richtigen Weg finden; das ist aber eben die «Harmonisierung» der Agrar- und Forstpolitik.

Nichts anderes gilt für die an sich zweifellos sehr notwendigen und nützlichen *Tbc- und Bang-Freimachungsaktionen,* die im Interesse einer leistungsfähigen Viehwirtschaft und eines wettbewerbsfähigen Exportes Bezirk für Bezirk durchgeführt werden. Sie lösen ebenfalls oft beträchtliche Investitionen für den Austausch nicht einwandfreier Tiere aus und wirken damit auf den Bauernwald zurück. Aus eben diesem Grunde sollten sie nur im Einvernehmen mit der Forstwirtschaft durchgeführt werden, damit nicht den Betrieben auf forstlichem Gebiet vermeidbarer Schaden erwächst, der vielleicht durch den Nutzen auf landwirtschaftlichem Gebiet gar nicht aufgewogen wird.

Gleichberechtigung Landwirtschaft — Forstwirtschaft

Sinn einer Integration der Agrar- und Forstpolitik ist natürlich nicht, daß die eine Sparte der anderen in den Arm fällt, ihre Pläne durchkreuzt und in kurzzeitigem «Spartenegoismus» nur an ihre eigenen Belange denkt. Vielmehr darf kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die beiden Sparten aufs beste zu unterstützen und aufeinander Rücksicht zu nehmen haben. Das Gemeinsame, über ihnen Stehende — also das Gemeinwohl oder die Existenzsicherung des Bauerntums — muß von beiden anerkannt und respektiert werden. Beide haben in erster Linie dienende Aufgaben!

Für alle Zukunft müßte deshalb als Grundsatz gelten, daß die Agrarpolitik die Auswirkung ihrer geplanten oder schon laufenden Maßnahmen auf den Wald und umgekehrt die Forstpolitik ihren Einfluß auf die Landwirtschaft sorgfältig beachten müssen und daß eine Sparte nicht vorgehen darf, als ob es die andere nicht gäbe oder sie nichts anginge.

Eine isolierte «spartenbindende» Forstpolitik kann für das Gemeinwohl wie für das Bauerntum, ja sogar für den einzelnen bäuerlichen Betrieb ebenso schädlich sein, wie eine isolierte «spartenblinde» Agrarpolitik; daher muß der Schritt zur Integration oder Harmonisierung erfolgen.

Selbstverständlich muß die Forstpolitik dabei die volle Gleichberechtigung mit der Agrarpolitik verlangen, denn sonst kann von einer wirklichen, echten Zusammenarbeit ja keine Rede sein. Im einzelnen bäuerlichen Betrieb, wie in der ganzen Volkswirtschaft haben Wald und Holz eine Bedeutung erlangt, die ihnen unbedingt die Stellung eines selbständigen, gleichberechtigten Wirtschaftszweiges gibt. –

Begreiflicherweise ist ein solches Umdenken und Umlernen in der Wirtschaftspolitik im allgemeinen, wie in der Agrar- und Forstpolitik im besondern aber nicht von heute auf morgen zu erreichen.

Das praktische Beispiel

Um so wichtiger ist es deshalb, die gleichen Grundsätze der friedlichen Zusammenarbeit und vernünftigen Abstimmung in der täglichen praktischen Arbeit und auf der untersten Ebene, also am einzelnen Hof, in der einzelnen Gemeinde und im einzelnen Bezirk anzuwenden und zu verwirklichen.

Hier können die sogenannten steirischen «Aufbaugebiete» als Beispiel aus der Praxis dienen, in denen mit Erfolg versucht wird, die Integration und Harmonisierung der Agrar- und Forstpolitik «im kleinen» vorzuexerzieren.

Bei diesen Aufbaugebieten handelt es sich um äußerst verkehrsferne, abgeschiedene Berggebiete, die verständlicherweise deshalb auch in geistiger Abgeschiedenheit verharrten und überdies ein betrübliches «Bildungsgefälle» gegenüber dem übrigen Land aufweisen, für das die Bewohner dieser Gebiete sicher nichts können; es sind diese Betriebe naturgemäß auch in ihrer Wirtschaft weit zurückgeblieben. Seit eh und je dienten sie mit ihren ausgedehnten, aber leider sehr rauhen und mageren Weiden und Almen der Ochsenaufzucht. Sie versorgten das gesamte Flach- und Hügelland mit zähen, ausdauernden Jungochsen, die dort dann durch Jahre hindurch als Zugtiere Dienst taten und schließlich zur Mast in die fruchtbaren Gebiete Nieder- und Oberösterreichs oder auch in die gewerblichen Mästereien kamen.

Kein Mensch will aber heute noch einen Zugochsen haben; der Motor hat ihn vollkommen verdrängt. Und keine Hausfrau will heute noch das zähe Fleisch 10- und 12jähriger ausgedienter Ochsen stundenlang kochen- und dünsten, bis es weich wird.

Diese Betriebe haben also ihre Produktionsbasis, auf der sie durch viele Generationen friedlich arbeiten konnten, sozusagen über Nacht ver-

loren. Durch Stützungskäufe versuchte man, einen völligen Preiszusammenbruch auf den Ochsenmärkten zu verhindern, und wiegte die Bauern dieser Gebiet dadurch leider in dem Glauben, daß es doch noch, wenn auch nicht mehr so gut wie einst, gehe.

Wer Augen im Kopf hatte, konnte aber sehen, daß es hier früher oder später zum Ausbruch einer Krise kommen mußte, die unter Umständen einer großen Zahl dieser Höfe die Existenz kosten konnte. Man entschloß sich – und zwar war es der Berufsstand selbst, in Form seiner gesetzlichen Interessenvertretung (Kammer für Land- und Forstwirtschaft) – rechtzeitig Mittel und Wege zu suchen, um diese Gefahren zu bannen und ein Bauernsterben zu verhindern, das man nie mehr hätte zurückdrehen können.

Die Bauern wurden zunächst in vielen Versammlungen aufgerüttelt und über ihre wahre Lage aufgeklärt. Sie vereinigten sich dann in anerkennenswerter Aufgeschlossenheit freiwillig zu sogenannten Aufbaugemeinschaften, wählten einen Obmann und einen mehrgliedrigen Vorstand und begannen die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Von der Kammer wurden Beratergruppen eingesetzt, die – hier beginnt die praktische Integration! – aus tüchtigen Landwirten, Forstwirten und Hauswirtschaftsberaterinnen zusammengesetzt waren und nun Hof für Hof mit dem jeweiligen Besitzer durchackerten. Aufnahme des heutigen Zustandes, Aufstellung eines Wunschbildes mit Umstellungsplan und Reihung der notwendigen Maßnahmen nach ihrer Dringlichkeit und finanziellen wie arbeitsmäßigen Durchführbarkeit waren, um es nur schlagwortartig anzudeuten, die ersten Etappen der gemeinsamen Arbeit. Damit machte man den großen Schritt von der alten, in mancher Hinsicht bedenklichen «Spartenberatung» zur wirklichen, echten, viel höher zu wertenden «Betriebsberatung», die den Hof als Ganzes in den Mittelpunkt aller Überlegungen stellt. Zugleich wurde die seinerzeitige, wenig ergiebige «Einzelförderung» alten Stils zur viel rationelleren «Regionalförderung» weiterentwickelt, die zugleich eine erstaunliche Massen- und Breitenwirkung hat. In jedem dieser Aufbaugebiete liegen ja in der Regel 200 bis 250 oder mehr Bauernhöfe, so daß moderne Wege der Beratung, wie Gruppenberatung, Beratung durch Betriebsbesichtigungen, Lehrfahrten u. dgl. leicht angewendet werden können.

Die Erfolge dieser Zusammenarbeit sind hocherfreulich. In diesen einschichtigen Gebieten wurde durch die Aufbauaktion die agrarische «Investitionswelle» (Elektrifizierung, Mechanisierung, Wegebau usw.) jetzt erst ausgelöst. Die Beratung konnte es aber erreichen, daß sich die Investitionen in einem vernünftigen, bescheidenen Rahmen hielten und sich die Bauern «nach der Decke streckten». Zugleich wurde alles getan, die landwirtschaftlichen Erträge so rasch und wirksam wie nur irgendmöglich zu heben, so daß die finanzielle Last der Investitionen zu einem möglichst

großen Teil aus diesen steigenden Erträgen gedeckt werden konnte. Was darüber hinaus noch der Wald an Lasten übernehmen mußte, wurde durch eine eingehende Nutzungsberatung, d. h. vor allem durch Umleitung der Nutzungen vom bisher dort allein bekannten Kahlhieb oder gar «Hieb auf den stärksten Stamm», in pflegliche Einzelstammnutzungen unschädlich gestaltet.

In vielen Gemeinden dieser Aufbaugebiete ist nun die Elektrifizierung vollständig abgeschlossen, ein autofahrbares Straßennetz von 60 oder 80 km Umfang gebaut worden, wurde die Ochsenwirtschaft zugunsten von Milchwirtschaft und Jungviehmast aufgegeben, ist die Waldweide verschwunden, die notwendige «Neuordnung des Raumes» durchgeführt und ein erfreuliches Maß an Aufforstung, Bestandesumwandlung, Standortssanierung usw. geleistet worden.

So wurde bei vorläufig — es kommen immer wieder neue Aufbaugebiete hinzu — 3240 bäuerlichen Betrieben mit rund 45 000 ha Eigenwald eine harmonische Aufwärtsentwicklung eingeleitet, die latenten Krisenzustände überwunden und ein neuer Weg in eine, wie wir hoffen, gesicherte Zukunft beschritten. Obwohl (oder vielleicht weil) sich die Sparten zusammenfanden, auf ihren althergebrachten engstirnigen Egoismus verzichteten und gemeinsam einem höheren Ziel dienten, hat jede einzelne sehr gut abgeschnitten und eine bemerkenswerte Entwicklung mitgemacht. Dem Ganzen, d. h. dem Bauerntum dieser Gebiete sowie der Landeskultur, der Volkswirtschaft und damit natürlich auch der Allgemeinheit wurde auf diese Weise am besten gedient.

Als besonders erfreulich darf noch vermerkt werden, daß diese Integration der land-, forst- und hauswirtschaftlichen Förderungsarbeit und Beratung «höheren Orts», d. h. bei der Regierung, voll anerkannt und unterstützt wird. Hiefür ein kleiner handgreiflicher Beweis: Der steirische Landtag bewilligte auf Grund des Berichtes einiger Mitglieder, die diese Aufbaugebiete kennengelernt hatten, doppelt so viel Geldmittel zur Förderung dieser Gebiete, als beantragt waren, nämlich zwei Millionen ö.S. anstelle von einer!

Résumé

L'intégration de la politique agraire et forestière

L'« intégration » ou l'« harmonisation » de la politique agraire et de la politique forestière devient de plus en plus une mesure de première nécessité. Dans le domaine international — par exemple dans le cadre de la FAO — une collaboration toujours plus étroite se prépare entre ces deux secteurs et plusieurs Etats ont déjà créé des organes consultatifs communs.

Cet alignement de la politique agraire et de la politique forestière s'impose surtout parce que les relations de réciprocité entre ces deux secteurs de l'économie politique sont particulièrement étroites; elles exercent inévitablement une profonde influence mutuelle de l'un sur l'autre. Seule une politique agraire et forestière alignée, intégrée ou harmonisée peut servir parfaitement au bien public et à d'autres tâches importantes comme par exemple la préservation de la paysannerie autochtone.

A l'aide de quelques exemples, l'étude démontre combien cette coopération entre la politique agraire et forestière est urgente en Autriche. L'exode rural et la mécanisation des entreprises paysannes ont l'effet de soustraire à l'agriculture les importants terrains qui ne conviennent pas aux méthodes de culture mécanisée. La forêt autrichienne a déjà gagné de ce fait quelque 200 000 hectares et, pour les 15 à 20 ans à venir, on peut compter sur un gain d'encore 500 000 hectares. Toutefois, une baisse du rendement agricole n'est pas à craindre car la proportion des rendements par hectare monte si rapidement dans l'agriculture que l'on tire de la superficie réduite un rendement supérieur à celui récolté autrefois de la superficie plus grande. Une bonne et étroite collaboration est d'autant plus nécessaire entre l'agriculture et l'économie forestière qu'il s'agit de réaliser ce « regroupement » de l'espace de façon correcte et utile. Il y a lieu d'effectuer un vaste travail de consultations afin de réaliser, sans préjudice aux entreprises paysannes, la transition de l'ère économique ancienne, patriarcale et riche en main d'œuvre, à l'ère nouvelle, mécanisée et appauvrie en hommes.

Un autre problème, celui des pâturages en forêt, ne peut trouver sa solution que par l'étroite collaboration entre l'agriculture et l'économie forestière; ce problème a enfin évolué en Autriche, si bien que dans certaines régions les pâturages en forêt ont complètement disparu.

L'harmonisation de la politique agraire et forestière est particulièrement importante afin de bien incorporer la forêt paysanne (en Autriche, elle représente 50 % de la superficie boisée, soit quelque 1,7 millions d'hectares) dans sa nouvelle fonction économique, bien plus importante qu'autrefois. Aujourd'hui, l'utilité principale de la forêt paysanne ne consiste plus à satisfaire les besoins économiques propres de l'agriculteur en différents assortiments de bois: elle a été comme en un tournemain jetée de l'« économie de besoin » — quasi autarcique — dans l'économie de marché; elle représente maintenant une des principales sources de revenus en monnaie de la ferme. C'est à cette fonction nouvelle qu'il s'agit avant tout d'adapter la forêt paysanne. Actuellement, il est en premier lieu urgent d'aligner les investissements — pour la plupart agricoles (mécanisation, motorisation, électrification, constructions routières, etc.) — sur la capacité de rendement de la forêt paysanne afin que l'on n'impose pas à cette dernière des sacrifices inutiles, au-delà de ses forces.

D'autres exemples de la nécessité de la collaboration étroite entre la politique agraire et forestière sont la mutation des races bovines, actuellement en voie de réalisation en Autriche, ou encore les initiatives coûteuses visant à éliminer la tuberculose bovine et autres maladies contagieuses du bétail.

Il faut réfléchir en temps opportun à l'effet que les mesures prises dans l'un des secteurs peut avoir sur l'autre, afin d'éviter la continuation d'une « économie politique par secteurs isolés ». Il va de soi que, vu l'importance économique forte-

ment accrue de la forêt, l'économie forestière doit exiger d'être traitée à pleins droits égaux avec l'agriculture.

Prenant comme exemple le regroupement opéré dans certaines régions de la Styrie, l'étude montre comment fonctionne cette politique agraire et forestière harmonisée sur une petite échelle dans le développement et l'encouragement des régions nécessiteuses de la montagne styrienne. Actuellement, plus de 3000 entreprises paysannes représentant quelque 45 000 hectares de forêt bénéficient des recommandations et des soins d'une équipe consultative mixte qui se compose d'agriculteurs capables, de forestiers et de ménagères expérimentés. Cette équipe est à la disposition des entreprises paysannes de la région. Sa tâche est d'élaborer, de concert avec les propriétaires respectifs, un plan d'ensemble pour le regroupement et le développement de l'entreprise intéressée. Ensuite, ce plan doit graduellement être réalisé avec le concours de l'équipe mentionnée.

Cette collaboration a eu des succès remarquables. L'agriculture et l'économie ménagère se contentent maintenant, dans leurs désirs d'investissements, de l'indispensable; pour la forêt, il n'en résulte pas d'obligations trop onéreuses; un travail de développement consciencieux et rapide est déclenché dans tous les secteurs de l'économie paysanne, si bien que l'existence des paysans de ces régions peut, après quelques années, être considérée comme assurée et résistante vis-à-vis d'éventuelles crises. En même temps, des mesures d'amélioration forestière sont prises afin que la forêt paysanne devienne à l'avenir un appui toujours meilleur et plus fort pour les entreprises paysannes.

Formation professionnelle en matière de soins culturaux

Oxf. 945.33 : 236

Par *P.-E. Farron,* Neuchâtel

L'exposé qui va suivre était destiné à soulever une discussion générale, à la fin du cours de soins culturaux de Morat-Neuchâtel, sur la manière de s'assurer le mieux possible, la nécessaire collaboration du service forestier supérieur, du service subalterne et enfin des ouvriers forestiers, dans les travaux d'exécution de soins culturaux.

Tout le savoir-faire de l'inspecteur des forêts ne sera efficace et ne portera ses fruits que par la part active que gardes forestiers et ouvriers sauront apporter à l'exécution des travaux prescrits. Dans toutes les tâches à effectuer en forêt, l'inspecteur est le cerveau qui pense, qui décide et qui ordonne, alors que les gardes et bûcherons ne doivent pas seulement être le bras qui porte et manie l'outil, mais aussi le cerveau qui comprend et qui sait mesurer toute la portée de ce qu'on lui fait faire.

Il convient donc de mettre le personnel d'exécution des travaux, que ce soit le garde ou les bûcherons, en mesure de comprendre exactement ce que l'on réclame d'eux et pour quelles raisons on le réclame.